



Der aktuelle Konflikt um die Verfassung Nepals

Ein Hintergrundpapier des Nepal-Dialogforums

1. Einführung

Nepal weist eine hohe Heterogenität verschiedener Volksgruppen auf, die sich auf das gesamte Staatsgebiet verteilen. Über Jahrhunderte wurden zentrale Bereiche wie Politik, Verwaltung und Militär jedoch von einigen wenigen Gruppen dominiert¹ Ethnische Minderheiten und soziale Gruppen wie z. B. die Dalits² wurden und werden diskriminiert, die Zugänge zu politischer Macht sind ihnen meist versperrt. Gegen diese Situation gehen immer wieder Angehörige verschiedener Gruppen vor, zuletzt im Terai³, wo große Teile der Bevölkerung gegen die Ende September 2015 nach einem langen Prozess verabschiedete neue Verfassung Nepals protestierten. Nach der Verabschiedung der Verfassung gingen dort vor allem VertreterInnen der relativ großen Volksgruppen der Madeshi und Tharu gegen die neue Konstitution auf die Straße.^{4 5}

¹ Die herrschende Elite wird vor allem von Angehörigen der Bahun, Chetri und Newars gestellt. Vor allem männliche Vertreter aus Zentralnepal innerhalb dieser Gruppen halten die politische Macht im Land.

² Dalits („die Gebrochenen“) werden häufig aufgrund des hinduistischen Kastensystems ausgegrenzt. Früher wurden sie auch als „unberührbar“ bezeichnet.

³ Mit Terai wird das im Süden des Landes an Indien grenzende Flachland bezeichnet.

⁴ Laut Zensus 2011 machen Madeshi mit rund 5,5 Mio. rund 20% der Gesamtbevölkerung aus, ca. 1,74 Mio. wurden als Tharu registriert (vgl. Population Monograph of Nepal 2014:Vol. II Social Demography).

⁵ Forderungen der beiden Gruppen überschneiden sich teilweise, unterscheiden sich aber in anderen Fragen, zum Beispiel besteht Konkurrenz im Anspruch auf einige Gebiete. Dazu handelt es sich sowohl bei den Madeshi als auch bei den Tharu keineswegs um homogene Bevölkerungsgruppen. Die Madeshi und Tharu sind beispielsweise in eine Vielzahl von Kasten und Subkasten unterteilt und auch in Bezug auf ihre politische Zugehörigkeit äußerst heterogen. Auch bei den Tharu gibt es verschiedene Subgruppen und wechselnde

Nepal-Dialogforum für Frieden und Menschenrechte

Adivasi-Koordination Deutschland, Amnesty International – Ländergruppe Nepal, Bischöfliches Hilfswerk Misereor,
Brot für die Welt - Evangelischer Entwicklungsdienst, Gossner Mission, FIAN International,
Peace Brigades International – deutscher Zweig, Südasiensbüro

Haus der Demokratie und Menschenrechte, Greifswalder Str. 4, 10405 Berlin, Tel. 030-88766956,
koordination@nepal-dialogforum.de

Im Zuge der Proteste wurden die wichtigen Grenzübergänge von und nach Indien blockiert, was im ganzen Land zu einer massiven Verknappung lebenswichtiger Güter wie Benzin, Nahrungsmitteln und Medikamenten führte. In Nepal, das seit den Erdbeben im April und Mai 2015 bereits eine der schwersten humanitären Krisen seiner Geschichte bewältigen muss, hatte das enorme Auswirkungen auf die Zivilbevölkerung. Gerade die Folgen für die Erdbebenopfer sind dramatisch.

Gleichzeitig wurde sowohl von Seiten der staatlichen Sicherheitskräfte als auch von Seiten der DemonstrantInnen Gewalt verübt. Die Gründe dafür sind vor allem struktureller Art und nicht nur im konkreten Auslöser „Verfassung“ zu suchen. Auch wenn sich die Lage im Land seit Februar etwas entspannt hat, sind dringende und langfristig weitergeführte Dialogbemühungen nötig, um neue Gewalt zu verhindern.

Seit Anfang Februar 2016 sind die Grenzübergänge zwischen Indien und Nepal nicht mehr blockiert, der Warenverkehr ist allmählich wieder angelaufen. Trotzdem geht der Konflikt um die Verfassung weiter, einige Madeshi-Gruppen haben bereits mit neuen Streiks gedroht.

Auch wenn dieser Konflikt aufgrund der gewaltsamen Austragung im Mittelpunkt öffentlichen Interesses steht, ist das Land gezeichnet von vielen weiteren Konfliktlinien, etwa der starken Diskriminierung der Dalits. Diese Konflikte sind momentan nicht sehr sichtbar, bedürfen aber ebenso großer Bemühungen aller involvierten AkteurInnen. Dieses Papier konzentriert sich zuvorderst auf den Konflikt um die Verfassung und spricht hierzu Empfehlungen aus.

politische Zugehörigkeiten zu verschiedenen ethnisch basierten politischen Parteien und Aktionsbündnissen. Siehe auch Kapitel „Hintergrund: Marginalisierung und tiefsitzendes Misstrauen“.

Nepal-Dialogforum für Frieden und Menschenrechte

Adivasi-Koordination Deutschland, Amnesty International – Ländergruppe Nepal, Bischöfliches Hilfswerk Misereor,
Brot für die Welt - Evangelischer Entwicklungsdienst, Gossner Mission, FIAN International,
Peace Brigades International – deutscher Zweig, Südasienbüro

**Haus der Demokratie und Menschenrechte, Greifswalder Str. 4, 10405 Berlin, Tel. 030-88766956,
koordination@nepal-dialogforum.de**

2. Unmittelbare Auslöser und Hintergrund der Konfliktsituation

2.1.1. *Der Streit um die neue Verfassung des Landes: Lob und Kritik aus der Zivilgesellschaft*

Der unmittelbare Auslöser der Auseinandersetzungen ist der Streit um die neue Verfassung des Landes, die die 2007 verabschiedete Interimsverfassung ablöst. Mit dem Ende des bewaffneten Konflikts 2006 wurde im Friedensvertrag vereinbart, eine neue Verfassung zu erarbeiten. Die beauftragte verfassungsgebende Versammlung wurde 2008 gewählt, scheiterte jedoch unter anderem an der Frage der territorialen Aufteilung der zukünftigen Föderalstaaten.⁶ Bereits 2007 und 2008 kam es zu (gewalttätigen) Protesten im Zuge der Verfassungserarbeitung. Erst Ende 2013 kam es zu einer Neuwahl der Versammlung. Im Sommer 2015 wurde die Verfassung mit einer großen Mehrheit angenommen, 507 der ursprünglich 601 Delegierten stimmten für die Verfassung, viele Madeshi-VertreterInnen verweigerten aber ihre Zustimmung.⁷

Einerseits loben viele Stimmen in der Zivilgesellschaft, in Menschenrechts- und Entwicklungsorganisationen den Verfassungsprozess ganz ausdrücklich: Die Einbindung der Zivilgesellschaft sei bis zum Ende sehr hoch gewesen und beispielhaft für demokratische Praxis.⁸ Aus Sicht dieser Teile der Zivilgesellschaft stellt die Verfassung endlich den Abschluss eines 10-jährigen, schmerzhaften Prozesses dar, in dem versucht wurde, in der schwierigen Situation einer Nachkonfliktphase für die politischen Interessen und Vorstellungen eine Einigung zu finden. Viele derjenigen in der Zivilgesellschaft, die die Verabschiedung der Verfassung grundsätzlich begrüßen (wenn auch nicht in jedem Punkt), wenden sich gegen die staatliche Polizeigewalt gegen die Demonstrierenden im Terai, kritisieren aber auch den Protest der Madeshi. Sie weisen darauf hin, dass es in einem heterogenen Staat wie Nepal mit mehr als einhundert ethnischen und sprachlichen Gruppen niemals möglich sein wird, jede Forderung jeder Gruppe in die Verfassung aufzunehmen. Deshalb müsse und könne die Verfassung durch Zusätze und verfassungsrechtliche Praxis in langfristiger Arbeit verbessert werden.

Aus anderen Teilen der nepalesischen Zivilgesellschaft gab es allerdings bereits vor und nach der Verabschiedung des Entwurfs starke Kritik am Prozess der Verfassungserarbeitung;

⁶ Vgl. Human Rights Watch 2015: „Like we are not Nepali“, in: <https://www.hrw.org/report/2015/10/16/we-are-not-nepali/protest-and-police-crackdown-terai-region-nepal> (abgerufen am 24.02.2016)

⁷ New York Times 2015: „Amid Protests, Nepal Adopts Constitution“, in: http://www.nytimes.com/2015/09/21/world/asia/amid-protests-nepal-adopts-constitution.html?_r=0

⁸ Vgl. INSEC 2016: „Human Rights Yearbook 2015“, in: <http://www.inseconline.org/hryb2016/english/Legislature.pdf#viewer.action=download>, S. 88 (abgerufen am 24.02.2016)

Nepal-Dialogforum für Frieden und Menschenrechte

Adivasi-Koordination Deutschland, Amnesty International – Ländergruppe Nepal, Bischöfliches Hilfswerk Misereor, Brot für die Welt - Evangelischer Entwicklungsdienst, Gossner Mission, FIAN International, Peace Brigades International – deutscher Zweig, Südasiensbüro

Haus der Demokratie und Menschenrechte, Greifswalder Str. 4, 10405 Berlin, Tel. 030-88766956,
koordination@nepal-dialogforum.de

gesellschaftliche AkteurInnen seien nicht ausreichend konsultiert worden und die Frist zur Einreichung von Änderungsvorschlägen sei zu kurz gewesen.^{9 10} Die Aushandlung der neuen Konstitution sei wesentlich durch die politischen Eliten des Landes gesteuert, was zu einem hohen Grad an Frustration in Teilen der Zivilgesellschaft geführt habe.

Einer der Hauptstreitpunkte war, wie schon bei den vorherigen Verfassungsprozessen, die in der Verfassung vorgesehene Aufteilung des Landes in sieben Föderalstaaten. Vor allem die VertreterInnen der sich den Madeshi zugehörig fühlenden Nepalesen protestierten gegen die Aufteilung der 75 Verwaltungsdistrikte in sieben Provinzen, da sie durch die Zusammenlegung mit anderen Verwaltungsbezirken um die angemessene Repräsentation ihrer Gruppe fürchteten.¹¹ Durch die Vereinigung in Provinzen, in denen die Gruppe der Pahadi¹² die Mehrheit bilden, fürchteten beide Gruppen um die Möglichkeit, ihre Interessen in der nationalen Politik einzubringen.^{13 14} Die Pahadi dominierten in den vergangenen Jahrzehnten politische Ämter und stellten die Staatsführung, sind aber wie die Madeshi auch keine homogene Gruppe. Politisch einflussreich sind vor allem die männlichen Vertreter der hochkastigen Bahun und Chetri, sowie der privilegierten Kasten aus der ethnischen Volksgruppe der Newar, die im Kathmandutal ansässig ist. Es ist zu beachten, dass neben der Frage der föderalen Struktur des Staates als prominentestem Streitpunkt auch andere Aspekte, wie dem des Staatsbürgerschaftsrechts, diskutiert werden.

Die Proteste der Madeshi haben in anderen Teilen der Zivilgesellschaft außerhalb des Terai die Sorge ausgelöst, dass ihre eigenen Bedenken und Forderungen nicht gehört werden. Viele andere Gruppen hätten ebenfalls erhebliche Wünsche an Verfassungsänderungen und Quoten bei der Verteilung von Beamtenstellen und Parlamentssitzen, setzten diese allerdings nicht mit Gewalt und Blockaden durch. Daher gibt es Bedenken, dass Zugeständnisse vor allem an GewaltakteurInnen gemacht würden, die am stärksten protestierten. Die ebenso wichtigen Anliegen der gemäßigten AkteurInnen könnten dadurch überhört werden.

⁹ Vgl. International Alert 2015: „Peace Audit Nepal“, in: <http://www.international-alert.org/resources/publications/peace-audit-nepal>, S. 15 (abgerufen am 24.02.2016).

¹⁰ Vgl. International Crisis Group (ICG) 2015: „Nepal: Conflict Alert“, in: <http://www.crisisgroup.org/en/publication-type/alerts/2015/nepal-conflict-alert.aspx> (abgerufen am 24.02.2016)

¹¹ Vgl. ICG 2015

¹² Als Pahadi werden die Bewohner des Berglands bezeichnet (nep. *pahad*= Berg), sie bestehen auch aus einer Vielzahl von Sub- und Unterkasten.

¹³ Vgl. Madhesi Youth 2015: „Why Madhesi Resentment against the Constitution?“, in: <http://www.madhesiyouth.com/political/why-madhesi-resentment-against-the-constitution/> (abgerufen am 24.02.2016)

¹⁴ Vgl. ICG 2015

Nepal-Dialogforum für Frieden und Menschenrechte

Adivasi-Koordination Deutschland, Amnesty International – Ländergruppe Nepal, Bischöfliches Hilfswerk Misereor, Brot für die Welt - Evangelischer Entwicklungsdienst, Gossner Mission, FIAN International, Peace Brigades International – deutscher Zweig, Südasiensbüro

**Haus der Demokratie und Menschenrechte, Greifswalder Str. 4, 10405 Berlin, Tel. 030-88766956,
koordination@nepal-dialogforum.de**

2.2. Hintergrund: Marginalisierung und tiefsitzendes Misstrauen

Während der Streit um die Verfassung der Auslöser der Proteste und der Gewalt im Land war, muss die Situation vor dem Hintergrund von lange schwelenden Konflikten in der nepalesischen Gesellschaft gesehen werden. Der Streit um die Verfassung bildet nicht *den einen* Konflikt in Nepal, dieser ist lediglich momentan der sichtbarste. Entlang ethnischer, religiöser und sozialer Kategorien bestehen (teilweise seit Jahrhunderten) viele latente Konfliktstrukturen, die nicht konstruktiv bearbeitet werden und momentan nicht im Fokus nationaler und internationaler AkteurInnen stehen. Mittelfristig benötigen diese Konflikte eine ebenso große Aufmerksamkeit, um weitere Gewaltausbrüche zu verhindern.

Der momentan manifest ausgetragene Streit um die Verfassung beruht auf einer jahrzehntelangen starken Abgrenzung der Volksgruppen Pahadi und Madeshi, aber auch auf sozialen Ungleichheiten und Ausgrenzung.¹⁵ Diese komplexe gesellschaftliche Struktur erschwert die Suche nach Lösungen, die für alle Gruppen akzeptabel sind und niemanden zurücklassen.

Madeshi und Pahadi sind keine in sich geschlossenen Gruppen, trotzdem werden diese beiden Kategorien immer wieder (politisch) zur Abgrenzung genutzt. Diese Abgrenzung führte zu tiefem Misstrauen gegenüber „der anderen“ Gruppe und wenig Bereitschaft zum Dialog. Einerseits fühlen sich viele Madeshi durch staatliche Stellen tatsächlich marginalisiert, andererseits wird dieses Gefühl durch AkteurInnen innerhalb der Bewegung auch gezielt politisch genutzt und die Spaltung aktiv befördert, etwa durch Hassreden gegen VertreterInnen der Pahadi. Die Entwicklungen seit September 2015 haben vermutlich zu einer weiteren Vertiefung der Gräben, auch in der Zivilgesellschaft, beigetragen.

Viele Madeshi (und auch Tharu) fühlen sich vom Rest des Landes isoliert und insbesondere Erstere aufgrund ihrer kulturellen und sozialen Nähe zu Indien nicht als „echte Nepali“ akzeptiert. Dieses Gefühl der Ausgrenzung spiegelt sich auch in der Repräsentation in öffentlichen und politischen Ämtern wieder. Madeshi und Tharu erfahren in ihren Augen (wie auch die meisten anderen Angehörigen von ethnischen Minderheiten) einen schlechteren Zugang zu Anstellungen im öffentlichen Dienst, zu Gesundheitsversorgung und Bildung. Viele AktivistInnen der Bewegung wünschen sich eine volle Integration in das politische und gesellschaftliche System Nepals und dadurch eine Chancengleichheit mit

¹⁵ Die beiden Gruppen sind dabei jedoch einerseits nicht homogen, andererseits bestehen innerhalb dieser sehr weit gefassten ethnischen Kategorien viele Subkategorien. Diese beziehen sich nicht nur auf die ethnische Zugehörigkeit, sondern auch auf die soziale Stellung. In Bezug auf diese gibt es große Unterschiede innerhalb der Pahadi, der Madeshi und auch bei allen anderen Gruppen. Dementsprechend erfolgt die Identitätszuschreibung nicht absolut, sondern auch abhängig vom Kontext der Diskussion und der beteiligten AkteurInnen.

Nepal-Dialogforum für Frieden und Menschenrechte

Adivasi-Koordination Deutschland, Amnesty International – Ländergruppe Nepal, Bischöfliches Hilfswerk Misereor, Brot für die Welt - Evangelischer Entwicklungsdienst, Gossner Mission, FIAN International, Peace Brigades International – deutscher Zweig, Südasiensbüro

Haus der Demokratie und Menschenrechte, Greifswalder Str. 4, 10405 Berlin, Tel. 030-88766956,
koordination@nepal-dialogforum.de

anderen Nepali. Der Journalist und Madeshi-Aktivist CK Lal beispielsweise antwortet auf die Frage nach den Forderungen der Bewegung: „Nationalität sollte als ein Prinzip definiert werden, das niemanden zurücklässt. Die Verfassung sollte so sein, dass jede/r Ownership verspürt und Staatsstrukturen sollten so aufgebaut sein, dass verschiedene Gesichter gesehen werden.“¹⁶ In den Augen der KritikerInnen der neuen Verfassung vertiefte diese aber gerade die Marginalisierung und ändere nichts an der mangelnden Repräsentation der bislang benachteiligten Gruppen.

Der Konflikt kann aber nicht als ein rein ethnischer Konflikt gelesen werden, der ausschließlich auf der Basis langanhaltenden Grolls und Diskriminierung der Gruppen im Terai ausgetragen wird. Die Muster der Marginalisierung bestehen zwar, sie werden aber auch von politischen Eliten im Terai aufgegriffen, um eigene Interessen durchzusetzen, teilweise um politische Ämter und eigene Vorteile zu sichern. Dementsprechend besteht außerhalb des Terais bei staatlichen wie zivilgesellschaftlichen Akteuren großer Unmut über die Tatsache, dass Madeshi-Eliten die (oft als legitim angesehenen) Forderungen vieler BürgerInnen aus dem Terai dafür verwenden, persönliche Interessen durchzusetzen. In diesem Sinne steht nicht die ethnische Polarisierung im Vordergrund, sondern der Konflikt zwischen unterschiedlichen ökonomischen und sozialen Gruppen. Im Sinne einer umfassenden Konflikttransformation darf also nicht nur die ethnische Komponente des Konflikts gesehen werden, auch die sozialen und wirtschaftlichen Konfliktlinien müssen bearbeitet werden.

¹⁶ Interview von CK Lal bei News24 2015, in: <http://www.madhesiyouth.com/political/ck-lal-explains-about-madhesh-andolan/> (abgerufen am 24.02.2016)

Nepal-Dialogforum für Frieden und Menschenrechte

Adivasi-Koordination Deutschland, Amnesty International – Ländergruppe Nepal, Bischöfliches Hilfswerk Misereor,
Brot für die Welt - Evangelischer Entwicklungsdienst, Gossner Mission, FIAN International,
Peace Brigades International – deutscher Zweig, Südasienbüro

**Haus der Demokratie und Menschenrechte, Greifswalder Str. 4, 10405 Berlin, Tel. 030-88766956,
koordination@nepal-dialogforum.de**

3. Menschenrechtliche Folgen der aktuellen gewaltsamen Auseinandersetzungen

Seit Mitte Februar werden wieder Waren von Indien nach Nepal geliefert. Die *United Democratic Madhesi Front* (UDMF)¹⁷ hat zwar die Blockade beendet, nicht jedoch die Proteste.¹⁸ Die Auswirkungen der konkreten Auseinandersetzungen und des Konflikts auf das ganze Land sind allerdings verheerend. Die Aufarbeitung der nachfolgend aufgelisteten Konsequenzen wird Jahre dauern. Langfristig kann nur ein umfassender und inklusiver Dialog eine Wiederholung der gewaltsamen Auseinandersetzungen und eine dauerhafte Vertiefung der entstandenen Gräben verhindern.

3.1. Bürgerliche und politische Menschenrechte

Seit dem Beginn der gewalttätigen Auseinandersetzungen ist es sowohl von Seiten der Madhesi-AktivistInnen als auch von Seiten der Sicherheitskräfte zu exzessiver Gewaltanwendung gekommen. Im November berichtete die Nationale Menschenrechtskommission (National Human Rights Commission, NHRC) von 49 Getöteten und 729 Verletzten¹⁹, Amnesty International geht mittlerweile von mehr als 50 Todesopfern aus.²⁰ Neben diesen Verletzungen des Rechts auf Leben und körperliche Unversehrtheit kam es zu Misshandlungen von Festgenommenen auf Polizeistationen. Madhesi-Aktivistinnen beklagen dazu eine zunehmende Kriminalisierung ihrer Arbeit. Aber auch von Seiten der DemonstrantInnen kam es aber auch zu Übergriffen auf ZivilistInnen und MenschenrechtsbeobachterInnen, etwa auf die MitarbeiterInnen der nationalen Menschenrechtskommission und deren Fahrzeuge.²¹ Des Weiteren gab es Einschränkungen des Rechts auf Versammlungsfreiheit und der Pressefreiheit.

Mutmaßliche Verantwortliche wurden bislang selten zur Rechenschaft gezogen, die Untersuchungen der Taten durch die Justiz stehen in den meisten Fällen noch aus. Nepalesische und internationale Organisationen, wie etwa Amnesty International und

¹⁷ Die UDMF ist ein Zusammenschluss der dreier politischer Parteien aus dem Terai, der Sadbhavana Party, Tarai-Madhes Loktantrik Party und dem Madhesi Jana Adhikar Forum.

¹⁸ Vgl. Himalayan Times 8.2.2016: "UDMF decides to end blockade, tells Mahato to correct himself", in: <http://thehimalayantimes.com/nepal/udmf-formally-announces-end-of-blockade/> (abgerufen am 24.02.2016)

¹⁹ Nepal National Human Rights Commission 2015: „Human Rights Situation during the agitation before and after promulgation of the constitution of Nepal“, in: http://www.nhrcnepal.org/nhrc_new/doc/newsletter/NHRC_Nepal_Madhes_Terai_Protest_Human_Rights_Monitoring_Report_English.pdf, S. 1 (abgerufen am 24.02.2016)

²⁰ Amnesty International 2016: „Nepal: Police must halt the use of excessive force against protestors with immediate effect“, in: <https://www.amnesty.org/en/documents/asa31/3343/2016/en/> (abgerufen am 24.02.2016)

²¹ Nepal National Human Rights Commission 2015, S. 27

Nepal-Dialogforum für Frieden und Menschenrechte

Adivasi-Koordination Deutschland, Amnesty International – Ländergruppe Nepal, Bischöfliches Hilfswerk Misereor, Brot für die Welt - Evangelischer Entwicklungsdienst, Gossner Mission, FIAN International, Peace Brigades International – deutscher Zweig, Südasiensbüro

Haus der Demokratie und Menschenrechte, Greifswalder Str. 4, 10405 Berlin, Tel. 030-88766956, koordination@nepal-dialogforum.de

bereits im Dezember 2015 das Nepal-Dialogforum²², fordern dementsprechend schnelle, unabhängige und überparteiliche Untersuchungen der Vorfälle, auch der exzessiven Polizeigewalt im Zuge der Proteste.²³ Sie rufen sowohl die Protestierenden als auch die staatlichen AkteurInnen dazu auf, auf Gewalt zu verzichten und MenschenrechtsverteidigerInnen und -beobachterInnen nicht zu attackieren.

3.2. Wirtschaftliche, soziale und kulturelle Menschenrechte

Neben den bürgerlichen- und politischen Menschenrechtsverletzungen werden auch die wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Menschenrechte massiv verletzt. Die humanitäre Krise, die sich seit April 2015 ursprünglich auf die direkt vom Erdbeben betroffenen Regionen beschränkte, dehnte sich schließlich auf das gesamte Land aus.

Hauptproblem war der Mangel an Treibstoff, wie Benzin und Diesel. Keines der Güter (z.B. Treibstoff, Gas, Medikamente, Baumaterialien), die über längere Strecken transportiert werden mussten, konnte seit August 2015 im notwendigen Maße an die Orte gebracht werden, an denen es benötigt wurde. Dies trifft besonders stark die Erdbebengebiete, in denen laut United Nations Office for Humanitarian Affairs (UN-OCHA) noch immer ca. 81.000 Haushalte mit ca. 400.000 Personen auf Nothilfe angewiesen sind.²⁴

Die Folgen für die sowieso schwache Wirtschaft sind verheerend. Die Erdbeben vom April und Mai 2015 hatten schon die Tourismusbranche schwer geschädigt, die eine der wichtigsten Einnahmequellen des Landes darstellt. Nun verhinderten die Versorgungsengpässe, dass diese wieder in Schwung kam. Viele Hotels und Restaurants mussten schließen.

Energie- und Rohstoffknappheit setzten den wenigen Industriebetrieben (wie PharmaproduzentInnen) im Süden des Landes schwer zu. Durch die Unruhen mussten Betriebe vorübergehend geschlossen werden.

Der dringend notwendige Wiederaufbau in den vierzehn betroffenen Distrikten Nepals nach den Erdbeben im Frühjahr 2015 wurde nicht systematisch angegangen. Über 600.000 Haushalte mussten gezwungener Maßen den Winter in Übergangsunterkünften überstehen.

²² Statement des Nepal-Dialogforums für Frieden und Menschenrechte zur aktuellen Lage in Nepal, Dezember 2015.

²³ Amnesty International 2016

²⁴ Vgl. UN-OCHA 2015: "Winterisation support for high altitude villages", in:

http://reliefweb.int/sites/reliefweb.int/files/resources/NepalEarthquakeHumanitarianBulletinNo4%28Sept2015%29_Final.pdf

Nepal-Dialogforum für Frieden und Menschenrechte

Adivasi-Koordination Deutschland, Amnesty International – Ländergruppe Nepal, Bischöfliches Hilfswerk Misereor,
Brot für die Welt - Evangelischer Entwicklungsdienst, Gossner Mission, FIAN International,
Peace Brigades International – deutscher Zweig, Südasiensbüro

Haus der Demokratie und Menschenrechte, Greifswalder Str. 4, 10405 Berlin, Tel. 030-88766956,
koordination@nepal-dialogforum.de

Die Behörde für den Wiederaufbau (National Reconstruction Authority) hat erst im Januar 2016, neun Monate nach den Erdbeben, ihre Arbeit aufgenommen.

Nachfolgend wird konkreter auf ausgewählte Rechte eingegangen, die durch die Blockade verletzt wurden.

3.2.1. Recht auf Nahrung

Das Terai ist die Kornkammer Nepals. Die geographisch flache Region wird landwirtschaftlich stark genutzt und sichert somit u.a. die lokale Nahrungsproduktion. Durch den Versorgungsengpass mit Treibstoff konnten die Bauern und Bäuerinnen ihre Bewässerungspumpen nicht betreiben um ihre Felder zu bewässern, mit negativen Auswirkungen auf die Ernten. Auch der Mangel an importiertem Saatgut trug dazu bei, dass landwirtschaftliche Betriebe im ganzen Land weniger anbauen konnten als sonst üblich.

In den Erdbebengebieten haben die Bauern und Bäuerinnen häufig alles verloren, was ihre Lebensgrundlage bildete. Aufbewahrtes Saatgut und tausende Nutztiere wurden verschüttet, sind wegen Futtermangels verendet oder mussten notgeschlachtet bzw. verkauft werden. Den Familien fehlen die nötigen Rücklagen, um die landwirtschaftliche Produktion wieder aufnehmen zu können und Nothilfeaktionen mit Saatgut kamen oft zu spät, so dass die optimale Anbauzeit verpasst und der Ertrag anschließend viel zu niedrig war.

Durch das mangelnde Angebot haben sich die Preise für Grundnahrungsmittel zum Teil verdoppelt und sind für einen Großteil der Bevölkerung nur noch eingeschränkt erschwinglich. Der Preis für Gas, das zum Kochen verwendet wird, ist laut World Food Programm um 630 Prozent gestiegen, wenn es überhaupt erhältlich ist.²⁵

3.2.2. Recht auf Gesundheit

Die schlechte Ernährungssituation im ganzen Land, aber auch fehlende Unterkünfte oder Probleme in der Trinkwasserversorgung in den Erdbebengebieten, bringen unweigerlich Krankheiten mit sich. Vor allem Kinder, Schwangere/junge Mütter und ihre Säuglinge sowie alte Menschen sind für Gesundheitsprobleme anfällig. Es mangelt besonders an Medikamenten, um Erkältungskrankheiten, Durchfall etc. zu behandeln und so können sich einfache Infekte schnell zu gefährlichen- bis hin zu tödlichen Krankheiten entwickeln. Selbst

²⁵ World Food Programme 2015: "Nepal: Extreme Hardship Expected to worsen as Food Prices Soar", in: <https://www.wfp.org/news/news-release/nepal-extreme-hardship-expected-worsen-food-prices-soar>

Nepal-Dialogforum für Frieden und Menschenrechte

Adivasi-Koordination Deutschland, Amnesty International – Ländergruppe Nepal, Bischöfliches Hilfswerk Misereor,
Brot für die Welt - Evangelischer Entwicklungsdienst, Gossner Mission, FIAN International,
Peace Brigades International – deutscher Zweig, Südasienbüro

Haus der Demokratie und Menschenrechte, Greifswalder Str. 4, 10405 Berlin, Tel. 030-88766956,
koordination@nepal-dialogforum.de

Notbehandlungen bei Unfällen, Verbrennungen etc. sind in vielen Krankenhäusern nicht mehr möglich.

UNICEF hatte im Dezember 2015 darauf aufmerksam gemacht, dass in Nepal mehr als drei Millionen Kinder unter fünf Jahren während der Wintermonate wegen des akuten Mangels, u. a. an Impfstoffen und Medikamenten, von Krankheit oder gar Tod bedroht seien.²⁶

Auch für chronisch kranke Menschen ist die aktuelle Situation bedrohlich. Lebenswichtige Medikamente für Krebs-, Herz- oder Diabetestherapien, Impfstoffe oder medizinisches Gerät fehlen ganz oder sind nicht in ausreichendem Maße vorhanden.

3.2.3. Recht auf Bildung

Einen regelmäßigen Schulunterricht oder Universitätsbetrieb gab es seit Beginn der Proteste in großen Teilen des Landes nicht mehr. Schulen im Terai blieben wegen der gewaltsamen Ausschreitungen komplett geschlossen. Dort und in anderen Landesteilen hatten Schulen wegen der fehlenden Transportmöglichkeiten für SchülerInnen und LehrerInnen nur sporadisch geöffnet.

Bereits im Oktober 2015 berichtete UNICEF, dass über 1,6 Millionen SchülerInnen aus neun Distrikten des Landes aufgrund der Blockade seit August keinen Unterricht besucht hatten.²⁷

²⁶ UNICEF 2015: "Nepal: Serious shortage of essential supplies threatens millions of children this winter", in:

<http://unicef.org.np/blogs/2015/11/30/nepal-serious-shortage-of-essential-supplies-threatens-millions-of-children-this-winter-unicef>

²⁷ UNICEF 2015: „Joint Statement on the Importance of Education“, in: <http://unicef.org.np/uploads/files/178705185178901832-joint-statement-eng-3x20cc.pdf>

Nepal-Dialogforum für Frieden und Menschenrechte

Adivasi-Koordination Deutschland, Amnesty International – Ländergruppe Nepal, Bischöfliches Hilfswerk Misereor,
Brot für die Welt - Evangelischer Entwicklungsdienst, Gossner Mission, FIAN International,
Peace Brigades International – deutscher Zweig, Südasiensbüro

**Haus der Demokratie und Menschenrechte, Greifswalder Str. 4, 10405 Berlin, Tel. 030-88766956,
koordination@nepal-dialogforum.de**

Empfehlungen an die Teilnehmenden der Delegationsreise des Ausschusses für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung

- Wir empfehlen, sich im Dialog mit der nepalischen Regierung, mit nepalischen ParlamentarierInnen sowie mit zivilgesellschaftlichen Akteuren für die Aufarbeitung der begangenen Gewalttaten während der aktuellen Proteste einzusetzen und darauf hinzuwirken, dass die TäterInnen zur Rechenschaft gezogen und die Opfer entschädigt werden. Wir empfehlen, sich dafür einzusetzen, dass ein langfristig angelegter Dialog über die anhaltenden sozialen Konflikte und ihre strukturellen Ursachen gefördert wird.
- Wir bitten Sie zu fragen, wie bisher das Problem von Menschenrechtsverletzungen (sowohl in Bezug auf die Blockade als auch auf den bewaffneten Konflikt und den Friedensprozess) angegangen worden ist, und welche Lösungsmöglichkeiten verfolgt wurden bzw. vorgesehen sind. Bitte bringen Sie in Erfahrung, welche Pläne es in diesem Zusammenhang für die Umsetzung der menschenrechtlich relevanten Verfassungsbestimmungen gibt.
- Bitte erkundigen Sie sich, wie sichergestellt werden soll, dass die Wahrheits- und Versöhnungskommission (Truth and Reconciliation Commission - TRC) und die Kommission gegen Verschwindenlassen (Commission of Investigation on Enforced Disappeared Persons - CIEDP) Mechanismen entwickeln, durch die der Konflikt nachhaltig überwunden werden kann.
- Wir schlagen vor nachzufragen, welche Maßnahmen vorgesehen sind, um diejenigen Gruppen, die ihre Anliegen bisher nicht ausreichend berücksichtigt sehen, in den politischen Mainstream zu integrieren, und wie sichergestellt werden soll, dass die Beschwerden Betroffener im Rahmen des Finanzhaushalts angemessen berücksichtigt werden.
- Wir bitten Sie, die staatlichen VertreterInnen dazu aufzurufen, die humanitäre Notlage der Erdbebenopfer durch die Wiederaufnahme von staatlichen Hilfslieferungen zu mildern. Gleichzeitig sollte der Notwendigkeit Nachdruck verliehen werden, den Wiederaufbau in den Erdbebengebieten zügig aufzunehmen und bürokratische Hürden des Staates beim Wiederaufbau möglichst niedrig zu halten. Wir empfehlen, Informationen darüber einzuholen, auf welche Art und Weise

Nepal-Dialogforum für Frieden und Menschenrechte

Adivasi-Koordination Deutschland, Amnesty International – Ländergruppe Nepal, Bischöfliches Hilfswerk Misereor, Brot für die Welt - Evangelischer Entwicklungsdienst, Gossner Mission, FIAN International, Peace Brigades International – deutscher Zweig, Südasienbüro

**Haus der Demokratie und Menschenrechte, Greifswalder Str. 4, 10405 Berlin, Tel. 030-88766956,
koordination@nepal-dialogforum.de**

geplant ist, Katastrophenhilfe und Wiederaufbau nach den Erdbeben anzugehen und ob es in diesem Zusammenhang eine Strategie für die verbleibenden zwei Monate vor dem Einsetzen des Monsuns gibt.

Stand: März 2016

Nepal-Dialogforum für Frieden und Menschenrechte

Adivasi-Koordination Deutschland, Amnesty International – Ländergruppe Nepal, Bischöfliches Hilfswerk Misereor,
Brot für die Welt - Evangelischer Entwicklungsdienst, Gossner Mission, FIAN International,
Peace Brigades International – deutscher Zweig, Südasienbüro

**Haus der Demokratie und Menschenrechte, Greifswalder Str. 4, 10405 Berlin, Tel. 030-88766956,
koordination@nepal-dialogforum.de**